

Sachverständige fordern drastische Preiserhöhungen für Fleisch und Milch

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#) | Veröffentlicht: 23.04.17 00:51 Uhr



Deutschland ist von einem guten Zustand seiner Gewässer weit entfernt: Zuviel Nitrat und mangelnde Gegenmaßnahmen haben 2016 zur **Klage der EU-Kommission beim Europäischen Gerichtshof gegen Deutschland** geführt. Die Reform der Düngeverordnung (DüV) sollte eigentlich hier Abhilfe schaffen – auch, um die Vorgaben der übergeordneten EU-Wasserrahmenrichtlinie zu erfüllen. Seit zwei Jahren wird die DüV überarbeitet, jedoch von Umweltverbänden und der Wasserwirtschaft als unzureichend kritisiert.

Auch die Wissenschaftlichen Beiräte für Agrarpolitik (WBA) und für Düngungsfragen (WBD) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft sowie der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) fordern, dass es zur guten fachlichen Praxis gehören soll, die Düngung am Bedarf der Pflanzen und des Bodens so auszurichten, dass Gefahren für den Naturhaushalt weitestgehend vermieden werden. Zudem sollte eine Rechtsgrundlage dafür geschaffen werden, dass alle relevanten Nährstoffströme eines Betriebes in einer Hoftorbilanzierung erfasst werden können. Außerdem werden die Kontrolle der Einhaltung der Düngeverordnung und schärfere Sanktionen bei Verstößen gefordert. **Und obwohl in der Wasserrahmenrichtlinie das Verursacherprinzip verankert ist, werden die Landwirte nicht zur Deckung der Kosten der Gewässerbelastung herangezogen.**

„Die intensive Landwirtschaft ist eine der größten Verursacherinnen negativer Umweltfolgen“, so die Präsidentin des Umweltbundesamtes Maria Krautzberger. „Es ist davon auszugehen, dass in Deutschland mindestens eine Halbierung der Stickstoffeinträge notwendig ist, um bestehende nationale und europäische Qualitätsziele zu erreichen“, so der SRU. Und: Stickstoffüberschüsse könnten nur dann ausreichend verringert werden, wenn höhere Umwelanforderungen an die Landwirtschaft in Deutschland mit veränderten Konsummustern einhergehen. 85 Prozent der Bevölkerung isst täglich oder fast täglich Fleisch.

Der hohe Konsum tierischer Produkte wie Fleisch, Eier und Milch sollte laut SRU gesenkt und Lebensmittelabfälle reduziert werden. Um einen schrittweisen Wandel zu erreichen, empfehlen der SRU, das UBA und Umweltverbände Verbraucherinformationen über die Umwelt- und Gesundheitsschäden eines überzogenen Konsums von tierischem Eiweiß und ökonomische Instrumente, die dafür sorgen, dass die **Umweltkosten sich stärker im Preis von tierischen Produkten spiegeln.** Beispielsweise sollte der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Fleisch, Eier und Milchprodukte abgeschafft werden. Solche Forderungen weist das Bundeslandwirtschaftsministerium zurück, da man den Verbrauchern nicht vorschreiben wolle, was sie essen sollen.

Wasserwerke wie in München oder Leipzig kaufen Flächen auf, regeln die Bewirtschaftungsweise vertraglich mit den Landwirten und gewähren Ausgleichszahlungen für Einkommensverluste. **Diese Vorgehensweise ist um ein Vielfaches günstiger als Investitionen in Millionenhöhe für Trinkwasseraufbereitungsanlagen.** Die Stadtwerke München unterstützen die Bauern zudem bei der Vermarktung ihrer Bio-Produkte, indem sie über die Zusammenhänge zwischen Lebensmitteln und Trinkwasserschutz informieren.